

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Riesa
Grossstr. 22
Telefon Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grossenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestmöglicherweise bestimmtes Blatt.

Postkonton:
Dresden 1380.
Groszoff:
Riesa Nr. 22

Nr. 248.

Donnerstag, 17. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig, zeltraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertönt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schnelleres Tempo.

Damit der Youngplan von den Unterzeichnungsstaaten ratifiziert werden kann, bedarf es noch einer Reihe organisatorischer Verhandlungen, die sich auf die künftige Gestaltung der Reichsbahn, der Reichsbahn und der verpackten Eisenwaren beziehen und die die Errichtung der Internationalen Reparationsbank betreffen. Diese Verhandlungen werden durch die sogenannten Organisationskomitees geführt, die nach der Beendigung der Haager Konferenz insoweit ihre Arbeit aufgenommen haben. Es war von vornherein der Wunsch der deutschen Regierung gewesen, diese Verhandlungen so zu beschleunigen, daß sie möglichst schon vor Beginn der eigentlichen Haager Konferenz beendet sein sollten. Hiergegen haben sich aber Widerstände geltend gemacht, die besonders von Frankreich ausgehen. Es ist nicht gelungen, die Organisationskomitees noch vor oder während der Haager Konferenz zu versammeln.

Jetzt haben sie ihre Arbeiten aufgenommen, aber es gewinnt den Anschein, als ob sie nur sehr langsam vorankommen. Die Stimmung ist so stark, daß der belgische Ministerpräsident Jaspar, der bekanntlich den Vorsitz der Haager Konferenz führte, sich veranlaßt gesehen hat, alle Kommissionen aufzufordern, sie möchten ihre Arbeiten tunlichst beschleunigen. Wenn Jaspar dabei der Hoffnung Ausdruck gab, daß es gelingen werde, bis zum 24. Oktober zur Sache zu kommen, dann ist das ein trauriger Optimismus. Vielmehr muß man mit einer viel längeren Dauer der Beratungen rechnen.

Die Kommissionsarbeit als solche vollzieht sich an verschiedenen Stellen. Das Organisationskomitee für die internationale Bank tagt bekanntlich in Baden-Baden, die Kommissionen für die Neuordnung der Sachlieferungen, für die Liquidation noch schwebender Fragen aus der Vergangenheit und für die Reparationen der kleineren Mächte sind in Paris verammelt, während die Komitees für die Reichsbahn und die Reichsbahn in Berlin tagen. Es liegt auf der Hand, daß sich in verschiedenen dieser Kommissionen erhebliche Schwierigkeiten ergeben, die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Arbeit bis Ende Oktober fertiggestellt wird. Man weiß beispielsweise, daß England besondere Forderungen hinsichtlich der Reparationsbank angemeldet hat, die zweifellos Gegenstand lebhafter Meinungsverschiedenheiten bilden werden. In eingeweihten Kreisen hat man sich also schon damit abgefunden, daß die Arbeiten der Kommissionen mindestens bis Anfang oder Mitte November dauern.

Ende sie aber erst einmal beendet, so ist damit auch noch nicht das ganze Werk getan. Denn man muß sich erst die beteiligten Regierungen darüber einig werden, ob sie mit den Beschlüssen der Kommissionen einverstanden sind. Die Kommissionen haben naturgemäß nur ein Vorschlagsrecht, sie können aber keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Jeder Regierung steht es frei, zu den Ergebnissen der Kommissionsarbeit ja oder nein zu sagen, oder wenigstens Einzelheiten zu beanstanden. Hierdurch werden dann neue Verhandlungen notwendig, für die man auch noch mindestens, wenn alles glatt geht, eine Dauer von 14 Tagen veranschlagen muß. Unter solchen Umständen könnte beim die Haager Schlusskonferenz, die den letzten Punkt auf das 1. zu setzen hat, wahrscheinlich erst in der ersten oder zweiten Dezemberwoche zusammengetreten.

Ob es unter solchen Umständen möglich ist, die erforderlichen gesetzgeberischen Akte noch vor Weihnachten zu erledigen, steht dahin. Was Deutschland anbetrifft, so müssen die entsprechenden Gesetzesvorlagen der Reichsregierung im Reichsrat und im Reichstag durchberaten und beschlossen werden. Da sich im Anschluß hieran eine scharfe innerpolitische Auseinandersetzung ergeben wird, muß man mit einer längeren Dauer der Beratungen, wahrscheinlich auch noch mit Ausschüßverhandlungen rechnen. Für die Weiterentwicklung der Dinge ist diese Verzögerung recht unerwünscht. Gerade im Interesse einer Verabridung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse wäre es dringend erforderlich, bald einen Schlußstrich unter die außenpolitischen Verhandlungen zu machen und der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, mit klar umrissenen Vorschlägen an das Parlament zu treten. Je länger der gegenwärtige schwebende Zustand andauert, desto schwieriger kann sich die Stellung der Reichsregierung gestalten, die im Augenblick in schwerem Kampfe mit ihrer Opposition steht. Sehr erleichtert würde die Stellung der Reichsregierung, wenn sich die Franzosen zu einer baldigen und einwandfreien Regelung der Saarfrage bereitfinden wollten.

Aus dem Reichstage.

17. Berlin. (Funkspruch.) Das Gesetz zur weiteren Befreiung des Steuerermäßigungsgesetzes für wirtschaftlich gebotene Betriebsaufnahmestellen um 1 Jahr, das der Reichsrat bereits am 8. Oktober verabschiedet hat, ist nunmehr auch dem Reichstage zugegangen.

Bekanntung Delacroix.

17. Brüssel. Die heftigen Ueberreize des belgischen Delegierten bei der Konferenz für die Internationale Zahlungsbank Delacroix wurden gestern abend im Automobil nach Brüssel übergeführt, wo im engsten Kreise die Bekanntung erfolgen wird.

Stürmische politische Debatte im Preußenhaus.

Braun warnt die Beamten. — Orzesinski über Stahlhelm und Ellarek.

Im Anschluß an das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen das preußische Gesamtkabinett wegen des Verbots des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen kam es in der Mittwochsitzung des preußischen Landtages zu einer bewegten politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Hand in Hand marschierten auch diesmal wieder Rechts- und Linksextreme, die sich nach altem Brauch in unfaßlichen Angriffen gegen die preußische Regierung ergingen. Der Ministerpräsident Otto Braun nahm auch sofort nach der Rede des deutschnationalen Abgeordneten Baeder die Gelegenheit wahr, um namentlich den Standpunkt der preußischen Regierung hinsichtlich der Stellung der Beamten gegenüber dem sügenbergischen Volksbegehren darzulegen. Unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Hauses erklärte der Ministerpräsident, daß ein Beamter, der dem Volksbegehren zustimme, gegen seine elementarsten Pflichten verstoßen würde. Begreiflicherweise löste diese eindeutige Erklärung des preußischen Regierungschefs auf den Bänken der deutschnationalen Opposition große Unruhe aus. Die Sitzung nahm aber noch bewegtere Formen an, als der preußische Innenminister Orzesinski den Eindruck seiner Ausführungen durch Vorweisen verschiedener Waffen, wie Revolver, Schlagringe, Dolche, Gummiknüppel usw., die in nationalsozialistischen Versammlungen von der Polizei beschlagnahmt worden waren, verhärtete. Die Rechte quittierte diese Beweisführung für ihre gewalttätigen Kampfmethoden mit einem in diesem Augenblick bestimmt unangebrachten Gelächter, so daß es der Vizepräsident vorzog, die Sitzung zu unterbrechen. Im weiteren Verlauf der Beratungen kam es jedoch zu keinen größeren Zwischenfällen mehr, und das Haus verlagte sich nach einer vor leeren Bänken gehaltenen Brandrede des kommunistischen Abgeordneten Casper auf Donnerstag, vormittag 11 Uhr.

In der Aussprache erklärte Abg. Reinert (Soz.), seine Partei habe mit dem festen Willen hinter der Regierung, in Deutschland Zustände zu schaffen, die es jedem ermblichen, sich ohne Lebensgefahr politisch zu betätigen.

Abg. Steiner (Dn.) meinte, es sei nicht annehmlich, daß Waffen schematisch von einer Partei benutzt würden und glaubte im übrigen, daß das Reichsbanner auch militärische Übungen abhalte, ohne verboten zu werden. Er kündigte noch an, seine Freunde würden beim Staatsgerichtshof Feststellungsfrage beantragen, daß die Beamten sich am Volksbegehren beteiligten dürften. Auf seine Angriffe im Falle Ellarek erwiderte Innenminister Orzesinski, zwischen beiden Reden kam es abermals zu einer erregten Szene.

Abg. Rube (Nat.-Soz.) beantragte, den Ministerpräsidenten, der kurz vorher den Saal verlassen hatte, herbeizulottern. Da die Regierungsparteien im Augenblick nur

schwach besetzt waren, wurde unter großem Lärm dieser Antrag mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen. Bald darauf erließen der Ministerpräsident wieder, nahm jedoch nicht mehr das Wort.

Minister Orzesinski wandte sich nochmals scharf gegen die Nationalsozialisten und nannte dabei den Abg. Rube eine „Provokation in Person“, was ihm eine Rüge des Vizepräsidenten Dr. v. Arles eintrug, während die Nationalsozialisten stark beleidigende Zurufe machten.

Zur Ellarek-Sache erklärte der Minister, auf Einzelheiten während der schwebenden Untersuchung nicht eingehen zu wollen. Der Oberpräsident von Berlin sei eingeschritten, sobald dies nach seinen Befugnissen möglich war. Im übrigen liege hier hauptsächlich eine Angelegenheit der Selbstverwaltung vor, wobei Staatsaufsicht nicht zur Mitvermaltung werden dürfe. Vor allem werde zu untersuchen sein, wie weit die Weichheitsgebirgung des fraglichen Berliner Kreditinstituts leichtfertig und unehrlich war. Auch die Monopolverträge müßten auf ihre Interessenvermeidung geprüft werden. Soweit bei den Vorgängen Beamte ihre Pflicht verletzt hätten, würden sie selbstverständlich ohne Ansehen der Person zur Verantwortung gezogen werden. Der Amerika-Befehl von Böh sei Sache der Selbstverwaltung und es könne bisher nicht angenommen werden, daß dadurch die Untersuchung erschwert wurde. Trotzdem sei es an sich bedauerlich, daß Böh gerade abwesend war. Der Oberpräsident habe von einer Zurückberufung nach Benehmen mit dem Magistrat Abstand genommen, weil die Mißdeutung einer solchen Maßnahme schweren Schaden im Auslande verursachen könne.

Abg. Vetterhaus (Str.) hob hervor, daß keine Partei das Stahlhelm-Verbot billige, weil das Auftreten des Stahlhelms ein Ziel mit dem Bürgerkrieg bedeute. Das Zentrum strebe danach, daß überhaupt keine Wehrverbände mehr notwendig seien. Scharf zu beobachten seien die Nationalsozialisten, wie überhaupt jeder die Hand des Staates spüren müsse, der gegen die Republik sich wende. Zum Volksbegehren sprach er den Deutschnationalen das Recht ab, sich für die Beamten einzusetzen, nachdem die gleiche Partei in der Vorkriegszeit härteste Wehrmannschaftsmittel getrieben habe, und er glaubte, daß die rheinische Bevölkerung erkennen werde, daß nur die Politik der Weimarer Koalition zur Räumung geführt habe.

Schließlich polemisierte noch Abg. Casper (Komm.) dagegen, daß der Stahlhelm nur im Westen verboten sei, wo er am schwächsten wäre. Er sah darin das Bestreben, nur so zu tun, als ob auch gegen die Rechte vorgegangen würde. Die Weiterberatung folgt heute Donnerstag, wo auch über die Bekanntung des Ellarek-Untersuchungsantrages beschlossen werden soll.

Staat und Wirtschaft.

Ein Vortrag des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun.

17. Anlaßlich des 50jährigen Jubiläums des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller fand am 16. Oktober eine feierliche Veranstaltung im Marmoraal des Zoologischen Gartens statt.

Ministerpräsident Dr. Braun überbrachte zunächst die Glückwünsche der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung und führte in einem Vortrag über das Thema „Staat und Wirtschaft“ u. a. aus: Nur in einer Generation, die schon vollkommen vergessen zu haben scheint, wie es noch vor 10 Jahren in Deutschland aussah, und welche Prognosen im besten Falle sehr zutunftsichere Politiker und Wirtschaftler für die kommende Zeit zu stellen wußten, kann eine Bewegung, wie die des Volksbegehrens gegen den Youngplan entstehen. Der heutige Volkshaat ist nicht mehr da, um einem kleinen Personenkreis das Recht unbeschränkter Machtfülle zu geben, sondern hat die Aufgabe, die Gesamtinteressen des innerhalb seiner Grenzen wohnenden Volks wahrzunehmen. Viele Kreise der Landwirtschaft und auch Teile der Industrie haben sich daran gewöhnt, den Staat als Mitträger ihres Risikos in schlechten Zeiten gern heranzuziehen, während sie es für selbstverständlich halten, auf der anderen Seite jede Chance ihrer wirtschaftlichen Betätigung ausschließlich für sich allein in Anspruch zu nehmen. Das Mindeste, was der Staat von den Wirtschaftskreisen fordern kann, ist, daß auch sie ihrerseits sich positiv zum Staate einstellen.

Ein zweites Argument gegen den Staat ist das der zu weit getriebenen Sozialpolitik. Aus diesen Vorwürfen gegen den Staat spricht eine völlig falsche Einschätzung der Grundlagen auch der Wirtschaft selbst. Die Arbeiterschaft leistungsfähig zu erhalten, ist ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung der Industrie und niemand wird behaupten können, daß die Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeiterinteressen trivial oder leichtfertig vorgehen, indem sie überspannte Forderungen aufstellen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft leistungsfähig oder bewußt außer Acht lassen. Nichts braucht die deutsche Wirtschaft mehr, als einen Volkskörper, der von Krisen, schweren wirtschaftlichen Kämpfen und zweifelhaften wirtschaftlichen

und politischen Experimenten verschont bleibt. Dabei braucht die Wirtschaft auch einen starken Staat, der die Macht hat und gewillt ist, zur Förderung des Gemeinwohls sie vor Störungen und Schädigungen zu bewahren, indem er das politische Despotat von links und rechts, das mit seinem Wüten bis zu verbrecherischen Bombenattentaten gesteigerten Treiben das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen läßt, mit fester Faust niederhält und in absehbarer Zeit zum Verschwinden bringt.

Gröschel endlich freigelassen.

17. Prag. Der reichsdeutsche Staatsangehörige Oskar Gröschel aus Weihen ist nach einwöchiger Unterdrückung mit Rücksicht darauf, daß sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen der Spionage als grundlos erwiesen haben, freigelassen worden. Er wurde lediglich wegen Uebertretung der Waffenvorschriften mit einer kleinen Strafe belegt, da er ein Taschenmesser bei sich geführt hatte, das die gesetzlich zugelassene Größe überschritt.

Dresden. Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei zu der Freilassung des verhafteten Buchhalters Gröschel von der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Weihen noch mitteilt, ist Gröschel im Überfahren zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil ein Taschenmesser, das er bei sich führte, die gesetzlich zugelassene Grenze überschritt. Die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Von der Anklage der Spionage ist Gröschel freigesprochen worden. Die deutsche Gesandtschaft in Prag wird, wie bisher, Gröschel auch weiterhin insbesondere bei der Geltendmachung seiner Schadenerschaftsansprüche betreuen.

Die Eintragungen zum Volksbegehren in Berlin.

17. Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenamt der Stadt mitteilt, haben sich gestern am 1. Tage der Eintragung in den 30 Bezirken Groß-Berlins insgesamt 20110 Personen in die Listen für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ eingetragen.